

LTWP-6 6. Gerechte Bildung – Innovative Wissenschaft

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.09.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 6 Bildung & KiTa – Hochschulen und Wissenschaft – Ausbildung und Fachkräfte – Weiterbildung

Text

1 Die richtigen Töne treffen, komplizierte Rechnungen lösen oder besonders schnell
2 rennen können: Jeder Mensch hat individuelle Begabungen, aber auch Bedürfnisse.
3 Deshalb bedeutet gute Bildung für uns GRÜNE, den Menschen mit seinen Stärken und
4 Schwächen gleichermaßen zu fördern, und zwar unabhängig vom Einkommen und
5 sozialer Herkunft. Unser Motto ist Lernen ein Leben lang – von der Kita über die
6 Schule, die Ausbildung und das Studium bis hin zu Angeboten für Erwachsene.

7 Durch Ganztagschulen, bessere Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte und
8 Förderung von Weiterbildung möchten wir Lernorte schaffen, die individuelle
9 Bedürfnisse erkennen, fördern und auch das Miteinander stärken. Wir wollen faire
10 Bildungschancen, die niemanden zurücklassen. Schüler*innen müssen beispielsweise
11 Computer und Tablets in der Schule ausleihen können, ohne etwas dafür zu
12 bezahlen.

13 Grüne Bildungspolitik steht für Verlässlichkeit, Vielfalt, Offenheit und
14 Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen das lernen können, was sie zur Teilhabe
15 befähigt und ihnen ein erfülltes Leben ermöglicht. Bildungsangebote und -
16 einrichtungen müssen barrierefrei zugänglich sein. Gute Bildungschancen in allen
17 Bereichen dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft der Eltern
18 abhängen. Auch die Meisterausbildung muss wie das Studium kostenfrei möglich
19 sein.

20 Kita: Kinder fördern – Eltern entlasten – Erzieher*innen wertschätzen

21 Neben Zeit mit ihren Kindern wünschen sich Eltern in erster Linie Entlastung.
22 Entlastung bedeutet das gute Gefühl, dass Kinder in den Kindertagesstätten
23 bestens umsorgt werden. Entlastung bedeutet, dass Eltern ihr Familienleben nah
24 am Kind und an den eigenen Bedürfnissen gestalten können. Dafür sind gute
25 frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote eine zentrale Voraussetzung.
26 Rheinland-Pfalz nimmt hier unter den westdeutschen Ländern einen Spitzenplatz
27 ein. Damit das so bleibt, wollen wir GRÜNE unsere Angebote weiter verbessern.
28 Denn wir wollen Eltern entlasten, Kinder individuell fördern und Erzieher*innen
29 wertschätzen.

30 Gute Kitas

31 Mit dem neuen Kita-Gesetz ist es uns gelungen, eine zukunftsweisende Grundlage
32 für die frühkindliche Bildung und Betreuung zu legen. Mit dem neuen Gesetz haben
33 alle Eltern einen Rechtsanspruch auf eine 7-Stunden Betreuung ihrer Kinder, wozu
34 ein gesundes Mittagessen gehört. Wir GRÜNE setzen uns weiter für den Ausbau des
35 Ganztagesangebots in den Kitas als einen wichtigen Beitrag zur besseren
36 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und unterstützen Projekte wie 24-
37 Stunden-Kitas.

38 Die Entlastung der Fachkräfte kommt den Familien zugute: Die Arbeit der
39 Erzieher*innen haben wir durch einen verbesserten Betreuungsschlüssel
40 erleichtert und den Kindern somit wertvolle Zeit mit ihren Erzieher*innen
41 geschenkt. Den Betreuungsschlüssel für unsere Kleinsten wollen wir weiter
42 verbessern, damit kleinere Gruppen realisiert werden können.

43 Die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung soll überall zur
44 Regel werden. Dazu haben wir vor, die Kitas mit dem entsprechenden Personal und
45 der nötigen Infrastruktur auszustatten. Multiprofessionelle Teams sind hier ein
46 wichtiges Instrument, das wir fördern wollen.

47 Erzieher*innen und Sozialassistent*innen verdienen mehr

48 Wie wichtig Erzieher*innen und Sozialassistent*innen für Kinder, Eltern und
49 Arbeitgeber sind, ist im Zuge der Kita-Schließungen aufgrund der Corona-Pandemie
50 mehr als deutlich geworden. Einfach nur „Danke“ sagen, reicht nicht. Es ist an
51 der Zeit, die Fachkräfte finanziell besserzustellen, denn Erzieher*innen und
52 Sozialassistent*innen haben mehr verdient. Wir werden uns nachdrücklich für eine
53 bessere Bezahlung einsetzen und zwar von Beginn der Ausbildung an.

54 In Rheinland-Pfalz haben wir bereits mit dem Ausbau der berufsbegleitenden
55 Ausbildung zur Erzieher*in begonnen. Das reicht uns jedoch nicht. Wir wollen
56 eine flächendeckende, vergütete Ausbildung zur Erzieher*in und
57 Sozialassistent*in analog zu anderen dualen Ausbildungsberufen. Nur so können
58 wir das Personal gewinnen, um das Niveau unserer bisherigen Angebote halten und
59 erweitern zu können.

60 Vom Kita- zum Schulkind: Übergänge besser gestalten

61 Gute Übergänge sind entscheidend für die Bildungschancen jedes Kindes. Dies gilt
62 insbesondere für den Übergang zwischen Kita und Grundschule.

63 Die Intensivierung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und
64 Grundschulen, wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein
65 wichtiger Schritt in diese Richtung. Auch bei der Schuleingangsuntersuchung
66 sollte ein größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes
67 gelegt werden. Wir streben an, dass auch jahrgangsübergreifend Lerngruppen
68 gebildet werden können, um noch besser auf die individuellen Phasen in der
69 Entwicklung der Kinder eingehen zu können.

70 Gutes Essen in Kitas und Schulen

71 Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in Kita und Schule und essen auch
72 dort. Mit dem Ausbau von Ganztageseinrichtungen wird ein gesundes Mittagessen
73 immer wichtiger. Wir wollen gutes Essen in allen Schulen und Kitas im Land
74 anbieten und garantieren können, dass alle Kinder und Jugendlichen eine warme
75 Mahlzeit erhalten. Unser Ziel ist ein gesundes und genussvolles Mittagessen, bei
76 dem mindestens 30 Prozent der Produkte aus ökologischer und 50 Prozent aus
77 regionaler Herkunft stammen. Selbstverständlich sollen Fair-Trade Produkte
78 eingesetzt und die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)
79 eingehalten werden.

80 Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung des Landes, die Kitas und
81 Schulen, aber auch andere Einrichtungen über gesunde Ernährung informiert und
82 berät, werden wir stärken.

83 Gemeinsam mit den Schulträgern werden wir eine Offensive für eine Qualifizierung
84 als Ernährungs-Kitas und -Schulen starten. Diese Qualifizierung garantiert eine
85 gesunde und genussreiche Ernährung, Eltern und Kinder werden über
86 Ernährungsbeiräte an der Essenauswahl beteiligt.

87 Ernährungsbildung und die Vermittlung von Ernährungskompetenz wollen wir
88 verbindlicher in Kitas und Schulen verankern. Wir wollen, dass unsere Kinder
89 auch in Zukunft wissen, wie und wo Lebensmittel angebaut und hergestellt werden.
90 Deswegen werden wir Programme unterstützen und ausbauen, in denen Kinder und
91 Jugendliche spielerisch Lebensmittel kennenlernen und erfahren, wie sie angebaut
92 werden.

93 Schule als Lebensort: Bei uns macht Ganztage Schule

94 Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet nicht mit dem
95 Beginn der Schulzeit. Gerade beim Übergang von der Kita in die Schule sind
96 Eltern auf die Förderung ihrer Kinder in Ganztagschulen und auf verlässliche
97 Betreuungszeiten angewiesen. Deshalb werden wir in Rheinland-Pfalz die
98 Ganztagsangebote der Schulen weiter ausbauen. Ganztagschulen schaffen den Raum
99 und die Zeit für mehr individuelle Förderung. Das ist nicht nur gut für unsere
100 Kinder, sondern entlastet auch die Eltern, die sich so nach Feierabend
101 stressfrei ihrer Familie widmen können. Nach den Belastungen der Schul- und
102 Kitaschließungen in der Krise wollen wir durch den Ausbau des Ganztagsangebots
103 Familien besser unterstützen.

104 Wir wollen, dass die Schulen wohnortnah und flächendeckend Ganztagsangebote
105 machen. Dadurch wollen wir den Kindern bessere Lernbedingungen ermöglichen und
106 den Übergang von der Kita in die Schule für Familien verträglich gestalten.
107 Deshalb hat für uns der flächendeckende Ausbau an den Grundschulen Vorrang.

108 Eine Abwechslung im Tagesverlauf verbessert die Bedingungen für das Lernen und
109 die Entwicklung der Kinder. Überall, wo die Anmeldezahlen das möglich machen,
110 wollen wir Ganztagsklassen einrichten, in denen Schulunterricht, freie
111 Arbeitsphasen, Bewegung und freie Zeiten über den ganzen Tag verteilt sind.
112 Diese Rhythmisierung wird die Qualität der Ganztagsangebote deutlich erhöhen.

113 Wir legen Wert auf gute pädagogische Konzepte, qualifiziertes Personal und die
114 Gestaltung der Lern- und Erholungsräume. Gute Bildung und Betreuung steht und
115 fällt nicht zuletzt mit dem Schulgebäude. Der Wechsel zwischen Unterricht und
116 Freizeit entlang der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen braucht Platz und
117 entsprechende Räume.

118 Im Sinne einer gesunden Lernumgebung setzen wir uns daher für nachhaltige
119 Schulbauten nach ökologischen Standards ein. Dort gibt es Bewegungs-, Rückzugs-
120 und Begegnungsflächen, in denen sich Lehrer*innen und Schüler*innen
121 gleichermaßen wohl fühlen. Perspektivisch sollen sich Schulgebäude zu Bildungs-
122 und Teilhabezentren entwickeln, die auch an den Wochenenden und in den Ferien
123 genutzt werden können.

124 Mit uns weiter ins digitale Zeitalter

125 Wir wollen, dass Schüler*innen auch mit Blick auf die fortschreitende
126 Digitalisierung auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. In den vergangenen
127 Wochen und Monaten erfuhr die digitale Bildung einen enormen Schub: Die
128 Pandemiekrise hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wo wir bei der

129 Digitalisierung im Bildungsbereich stehen und in welcher Richtung wir mit großen
130 Schritten vorankommen müssen. Wir werden dafür sorgen, dass Schulen mit der
131 entsprechenden Infrastruktur und dem entsprechenden Know-how die Digitalisierung
132 der Bildung dynamisch weiter voranbringen und die Schüler*innen entsprechend
133 profitieren können.

134 Im Rahmen der Schulgesetz-Novelle haben wir wichtige Grundlagen für digitale
135 Lehr- und Lernsysteme als Bestandteil des regulären Unterrichts geschaffen.
136 Unser Ziel ist, Schüler*innen kritisch-reflexiv an die neuen Technologien
137 heranzuführen sowie Lerninhalte interaktiv entlang ihrer Lebenswelt zu
138 vermitteln. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, technischen
139 Support und fitte Lehrkräfte. Wir werden für eine fortwährende Weiterbildung von
140 Schulleitungen und Lehrkräften im digitalen Bereich sorgen und machen uns stark
141 dafür, dass die Finanzierung einer besseren digitalen Ausstattung der Schulen
142 mit Bundesmitteln fortgeführt wird.

143 Mit der kostenfreien Schulbuchausleihe für Familien mit geringem Einkommen
144 leisten wir einen Beitrag zu einem gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem.
145 Dieses Angebot wollen wir auf Computer und Tablets erweitern, damit auch bei der
146 digitalen Bildung kein Kind zurückbleibt.

147 Länger miteinander und voneinander lernen

148 Die Anmeldezahlen der vergangenen Jahre beweisen es: Die Integrierten
149 Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz sind sehr beliebt. Es mangelt ihnen jedoch an
150 genügend Plätzen, um alle interessierten Schüler*innen aufzunehmen. Wir wollen
151 das ändern und die Integrierten Gesamtschulen ausbauen.

152 Wir wollen die 5. und 6. Klassen zu echten Orientierungsstufen mit maximal 25
153 Schüler*innen pro Klasse umbauen. Auf diese Weise gewinnen Eltern und Kinder
154 Zeit, sich zu orientieren und zu entwickeln und sind in der Lage, eine wirklich
155 gute Entscheidung über die weitere Schullaufbahn zu treffen. Daher unterstützen
156 wir Gymnasien und Realschulen Plus beim Aufbau von gemeinsamen
157 Orientierungsstufen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulwechsel nur noch
158 auf freiwilliger Basis erfolgen. Schulen werden künftig für alle ihnen
159 anvertrauten Schüler*innen die Verantwortung übernehmen und sie individuell
160 fördern, statt sie auszusortieren.

161 Bildung für eine inklusive Gesellschaft

162 Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen einen Abschluss bekommen und
163 so ausgebildet werden, dass sie am sozialen und kulturellen Leben in Rheinland-
164 Pfalz teilhaben können. Eine inklusive Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in
165 der wir miteinander solidarisch sind und uns füreinander einsetzen – unabhängig
166 von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Behinderungen.
167 Daher brauchen wir ein Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine
168 Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft fördert.

169 Individuelle Förderung bedeutet auch, die Leistungen von Kindern mit
170 Benachteiligungen – wie beispielsweise eine Lese- und Rechtschreibschwäche –
171 angemessen zu honorieren. Um allen betroffenen Kindern gerecht zu werden,
172 braucht es einheitliche, transparente Regelungen zum Nachteilsausgleich. Sprach-
173 und Förderprogramme wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und
174 Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden.

175 Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden und lange gemeinsam
176 lernen können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im
177 Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems wollen wir vor allem
178 dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. Inklusive
179 Schulen brauchen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Gerade sie sollen
180 mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern,
181 Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle
182 Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeit*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

183 Lehrkräfte entlasten – Schulleitungen stärken

184 Wir werden unseren Lehrkräften Zeit schenken, damit sie sich ihren jeweiligen
185 Schüler*innen intensiv widmen können. So wollen wir mehr Vertretungslehrkräfte
186 einstellen, Schulen zunehmend die Möglichkeit geben, Lerngruppen zu verkleinern
187 und Doppelbesetzungen zu realisieren sowie Möglichkeiten prüfen, Lehrdeputate
188 schrittweise zu senken.

189 Die Arbeit der Schulleitungen wird immer vielschichtiger. Im Rahmen einer
190 Qualifizierungsoffensive für Schulleitungen wollen wir sie insbesondere in den
191 Bereichen Personal- und Organisationsmanagement unterstützen.

192 Eigenverantwortung der Schulen ausbauen

193 Darüber hinaus wollen wir, dass die Schulen mehr Eigenverantwortung bekommen und
194 die Personalautonomie gestärkt wird. Schulen sollten künftig Gelder zur
195 Verfügung gestellt bekommen, beispielsweise um Vertretungslehrkräfte oder
196 Schulsozialarbeiter*innen einzustellen. Auf diese Weise werden Schulen flexibler
197 und können schneller auf aktuelle Bedarfe und Engpässe reagieren. Wir wollen,
198 dass die Schulen mehr Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Unterrichtsangebote
199 haben, um beispielsweise bei den Fremdsprachen, Philosophie oder mathematisch-
200 technischen Fächern eigene Schwerpunkte zu setzen. Auch die Schüler*innen sollen
201 die Möglichkeit bekommen, ihren Stundenplan stärker entlang ihrer Interessen zu
202 gestalten.

203 Lehramtsstudium modernisieren

204 Wir wollen die Ausbildung für das Lehramt den aktuellen Anforderungen im
205 Schulalltag anpassen. Unterrichten nach differenzierten Zielen und eine
206 inklusive Pädagogik ist für alle Schulen relevant. Daher streben wir ein
207 Stufenlehramt an, in dem nicht mehr nach Schulformen unterschieden wird, sondern
208 allein nach dem Alter der Schüler*innen. Dadurch stärken wir das
209 Grundschullehramt und die Grundlagen für eine bessere individuelle Förderung.
210 Diese Reform des Lehramtsstudiums ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu
211 einem einheitlichen Einstiegsgehalt für Lehrkräfte aller Schulformen.

212 Berufliche Bildung: Wir geben Chancen und Orientierung

213 Wir GRÜNE bekennen uns zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen
214 Bildung. Die duale Berufsausbildung und die Meisterqualifikation sind tragende
215 Säulen für die Ausbildung von Fachkräften. Zentraler Beitrag des Landes zu
216 unserem auch im internationalen Maßstab vorbildlichen System der dualen
217 Berufsausbildung sind die Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen. Nicht
218 nur die Energiewende und die Digitalisierung erfordern Know-how. Deshalb wollen
219 wir uns weiterhin nicht nur für den Erhalt des Meisterbriefs einsetzen, sondern
220 die Meisterausbildung analog zum Erststudium flächendeckend kostenfrei anbieten.

221 Unsere Berufsbildenden Schulen sind wichtige Knotenpunkte. Hier werden nicht nur
222 junge Menschen auf dem neusten Stand der Technik ausgebildet, sondern auch die
223 jeweiligen Ausbildungsgänge in Kooperation mit Unternehmen und Hochschulen
224 zukunftsweisend fortentwickelt. Wir wollen unsere Berufsschulen zu
225 Weiterbildungszentren ausbauen. Damit können auch Arbeitnehmer*innen von der
226 Infrastruktur vor Ort profitieren können und fit für den Arbeitsmarkt bleiben.
227 Für die Chancen junger Menschen sind die Übergänge von der Schule ins
228 Berufsleben entscheidend. Daher wollen wir die Berufsorientierung an Schulen
229 insgesamt, aber insbesondere an den Gymnasien deutlich ausbauen, um allen
230 Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung zu eröffnen.

231 Das Land und die Kommunen haben die gesellschaftliche Aufgabe, im Landesdienst
232 und in den Landesbetrieben, in der kommunalen Verwaltung, in den kommunalen
233 Gesellschaften und Betrieben ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Des
234 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildungsleistung von Betrieben
235 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt wird.

236 Die Offenheit und Durchlässigkeit der Bildungswege in Rheinland-Pfalz wird nicht
237 zuletzt durch die berufsbildenden Schulen gewährleistet. Sie ermöglichen alle
238 schulischen Qualifikationen, von Angeboten für Jugendliche ohne Abschluss bis
239 hin zur beruflichen Oberstufe. Diesen erfolgreichen Weg werden wir weitergehen,
240 dabei besonders Jugendliche ohne Abschluss begleiten und die Angebote in der
241 Ausbildungsvorbereitung ausbauen und stärken. Dazu gehört für uns auch eine
242 anrechnungsfähige Qualifizierung von Jugendlichen, die im Arbeitsmarkt
243 benachteiligt sind. Eine Reform des Übergangssystems soll alle Beteiligten
244 einbeziehen und einheitliche Anlaufstellen mit sozialpädagogischer
245 Unterstützungsstruktur anbieten. Zusätzliche Jugendberufsagenturen sollen
246 sicherstellen, dass Anlaufstellen flächendeckend aufgesucht werden können.

247 Erfolgreiche Hochschulen: offen, unabhängig, innovativ

248 Tiefgreifende Veränderungen werden das kommende Jahrzehnt prägen, wenn wir die
249 Erderwärmung aufhalten und gleichzeitig unsere Gesellschaft für alle lebenswert
250 gestalten möchten. Um diese Transformation zu meistern, brauchen wir eine starke
251 Forschungslandschaft und akademisch gut qualifizierte Fachkräfte.

252 Forschung in Rheinland-Pfalz: transparent und divers

253 In Zukunft möchten wir den Ausbau einer nachhaltigen und breiten
254 Grundlagenforschung unterstützen. Gleichzeitig müssen wir als Antwort auf die
255 großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie beispielsweise den Klimaschutz
256 und den digitalen Wandel zukunftsweisende Felder für Forschung und Entwicklung
257 identifizieren und diese finanziell entsprechend ausstatten.

258 Damit Forschungsergebnisse in Zukunft stärker in Wirtschaft, Gesellschaft und
259 Politik hineinwirken können, werden wir die Arbeitsweisen der Offenen
260 Wissenschaft stärken. Wir wollen Wissenschaftler*innen und Hochschulen dabei
261 unterstützen, Forschungsdaten, Laborberichte und andere Forschungsprozesse frei
262 zugänglich zu machen. Gleichzeitig möchten wir die Kooperation und Kommunikation
263 mit der interessierten Öffentlichkeit intensivieren. Wir unterstützen daher
264 bürgerwissenschaftliche Ansätze und möchten auch die Wissenschaftskommunikation
265 stärken.

266 Die Basis jedes Forschungsvorhabens muss Humanität, Transparenz und die Freiheit
267 der Wissenschaft sein. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer

268 Zivilklausel für die Forschung und die Offenlegung von Informationen über
269 Drittmittel an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ein. In Verträgen mit
270 Drittmittelgebern müssen die Freiheit der Wissenschaft, die Unabhängigkeit der
271 Hochschulen und die Entscheidungsrechte der gewählten Gremien gesichert werden.

272 Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir einen Rahmen gesteckt, der es
273 ermöglicht, Forschung und Lehre weitgehend ohne Tierversuche zu gestalten. Wir
274 werden die Hochschulen dabei unterstützen, das auch umzusetzen.

275 Auf dem Weg zur digitalen Hochschule

276 Eine Lehre aus der Corona-Pandemie ist, dass die Hochschulen weitere Mittel
277 benötigen, um den Anforderungen der digitalen Forschung und Lehre gerecht zu
278 werden. Wir wollen sie unterstützen, Konzepte zu entwickeln, damit E- und
279 Blended-Learning-Angebote das Präsenzstudium zunehmend ergänzen können. Durch
280 Investitionen in die technische Infrastruktur und die Einführung eines
281 landesweiten Organisationssystems wollen wir die Voraussetzungen für einen
282 echten Digitalisierungsschub schaffen. Bei der Gestaltung der Räume müssen
283 digitale Anforderungen mitgedacht und in den Bibliotheken zusätzliche
284 Computerarbeitsplätze eingerichtet werden.

285 Strategische Hochschulentwicklung

286 Mit der Hochschulstrukturreform haben wir eine tiefgreifende Veränderung der
287 rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft angestoßen. Um diesen Prozess
288 erfolgreich ins Ziel zu führen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die
289 Empfehlungen der Expert*innen-Kommission realisiert und mit ausreichenden
290 finanziellen Mitteln unterstützt werden. Wir wollen, dass die neu formierten
291 Universitäten die Chance haben, sich als Innovationszentren in ihren Regionen
292 weiterzuentwickeln und sich durch ihr Profil einen Rang innerhalb der
293 bundesweiten Hochschullandschaft zu erarbeiten. Eine derart weitreichende
294 Neuordnung gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb setzen uns dafür ein, dass die
295 für diesen Prozess veranschlagten Mittel deutlich aufgestockt werden.

296 Über die Strukturreform hinaus müssen wir die finanzielle Ausstattung der
297 Hochschulen stärker priorisieren. Wenn das rheinland-pfälzische Hochschulsystem
298 leistungsfähig bleiben soll, müssen wir die Finanzierung schrittweise auf den
299 Bundesdurchschnitt anheben. Die Verteilung der Mittel muss transparent und nach
300 objektiven Kriterien erfolgen, die Anreize setzen und erbrachte Leistungen
301 honorieren. Neben der finanziellen Ausstattung wollen wir auch die
302 Hochschulbauten in den Blick nehmen. Für Neu- und Umbauten müssen in Zukunft
303 neben Kriterien der Aufenthaltsqualität und der technischen Ausstattung auch
304 hohe ökologischen Standards gelten.

305 Studieren in Rheinland-Pfalz: selbstbestimmt und kostenfrei

306 Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Studium. Deshalb haben wir uns
307 erfolgreich für eine Abschaffung der generellen Anwesenheitspflicht eingesetzt.
308 Damit auch Berufstätige und Menschen mit Kindern vom Studienangebot profitieren
309 können, haben wir die Möglichkeit des Teilzeitstudiums im Hochschulgesetz
310 verankert. Damit dieses Modell zum Erfolg wird, wollen wir die nötigen
311 finanziellen Mittel bereitstellen. Parallel möchten wir die Entwicklung von
312 attraktiven Studienmodellen zur berufsbegleitenden Weiterqualifikation
313 unterstützen, um bessere Möglichkeiten für das lebenslange Lernen zu eröffnen.

314 Auch in Zukunft wollen wir die Vielstimmigkeit des wissenschaftlichen Diskurses
315 fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein breites Fächerspektrum
316 unabdingbar. Neben dem Erhalt kleiner Fächer setzen wir uns für eine stärkere
317 Integration des Studium Generale insbesondere in der Studieneingangsphase ein,
318 um allen Studierenden des Landes Einblicke in fachfremde Studiengebiete zu
319 ermöglichen. In den Curricula der Studienangebote wollen wir die Bildung für
320 nachhaltige Entwicklung stärker verankern. Green Offices sollen die Ansätze zur
321 Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit an den Hochschulen koordinieren und
322 unterstützen.

323 Studierende tragen häufig eine enorme finanzielle Belastung. Deshalb wollen wir
324 Zweitstudiengebühren abschaffen und den Hochschulen die entsprechenden Ausfälle
325 kompensieren. Gerade in den Universitätsstädten steigen die Mieten stark.
326 Deshalb setzen wir uns weiter für bezahlbare Wohnheimplätze ein. Für Studierende
327 mit Kindern möchten wir das Angebot an Kita-Plätzen erhöhen. Unser Ziel ist,
328 mindestens eine Kita pro Campus anzubieten und studierende Eltern bei der
329 Platzvergabe vorrangig zu behandeln.

330 Studierende stellen die zahlenmäßig größte Gruppe an den Universitäten. Damit
331 ihre Stimmen gehört und die Bedarfe berücksichtigt werden, machen wir uns stark
332 für eine angemessene Mitbestimmung Studierender in allen Gremien der
333 Hochschulen.

334 Wissenschaftskarrieren sichern

335 Wir setzen alles daran, die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu
336 verbessern. Die unsägliche Praxis der Kettenbefristung wollen wir beenden.
337 Daueraufgaben müssen durch festangestelltes Personal erfüllt werden. Deshalb
338 setzen wir uns für eine Ausweitung von unbefristeten Stellen ein und machen uns
339 auf Bundesebene für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes stark.

340 Damit Wissenschaftskarrieren sicherer und planbarer werden, wollen wir Tenure-
341 Track-Stellen für den Mittelbau mit Schwerpunkten entweder in der Lehre
342 (Lecturer) oder in der Forschung (Researcher) nach dem Bremer Vorbild
343 einrichten. Auch die Situation der Doktorand*innen wollen wir verbessern. Wir
344 unterstützen die Einrichtung von Promotionskollegs, die Doktorand*innen
345 unterstützen und Möglichkeiten zum Austausch bieten. Grundsätzlich brauchen wir
346 mehr Qualifikationsstellen für Doktorand*innen.

347 Mit der Novelle des Hochschulgesetzes haben wir die Gleichstellung an den
348 Hochschulen gestärkt. Ein großer Erfolg ist die gesetzliche Verankerung des
349 Kaskadenmodells. Dabei wird das Ziel des Frauenanteils einer wissenschaftlichen
350 Karrierestufe fachspezifisch durch den Frauenanteil auf der direkt
351 darunterliegenden Qualifizierungsstufe festgelegt. Um die Erhöhung des
352 Frauenanteils weiter voranzutreiben wollen wir ein Landesprofessorinnenprogramm
353 auflegen. Auch für die Erhöhung des Frauenanteils im wissenschaftlichen Betrieb
354 werden verbindliche Quoten gebraucht, um die Gleichstellung tatsächlich
355 durchzusetzen. Deshalb wollen wir auf der Grundlage des Kaskadenmodells
356 verbindliche fachbezogene Zielquoten etablieren.

357 Neben einer Stärkung der Forschung wollen wir die Profilierung der rheinland-
358 pfälzischen Hochschulen durch eine herausragende Lehre unterstützen. Deshalb
359 soll bei der Besetzung von Professuren die Lehrqualifikation neben Leistungen in
360 Forschung und Entwicklung gleichrangiges Kriterium sein. Alle neu in der Lehre

361 tätig werdenden Wissenschaftler*innen sollen vor Beginn der Lehrtätigkeit und
362 begleitend zu den ersten Veranstaltungen ein Fortbildungsprogramm durchlaufen,
363 das ihnen das nötige hochschuldidaktische Werkzeug mit an die Hand gibt.

364 Weiterbildung: Neue Perspektiven – Neue Horizonte

365 Grüne Weiterbildungspolitik steht für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe.
366 Ob aus privatem Interesse oder zur beruflichen Qualifizierung – die rheinland-
367 pfälzischen Weiterbildungseinrichtungen eröffnen neue Perspektiven und neue
368 Horizonte. Deshalb haben wir die Förderung der Volkshochschulen und der
369 anerkannten Weiterbildungsorganisationen ausgebaut und erhöht.

370 Zur Bewältigung des digitalen Wandels im Berufsleben brauchen wir weiterhin eine
371 starke Erwachsenenbildung, damit auch die Arbeitnehmer*innen mit den
372 Veränderungen Schritt halten können. Daher wollen wir QualiScheck als breit
373 angelegtes Programm zur Förderung beruflicher Weiterbildung fortführen. Auch die
374 Möglichkeiten der Freistellung wollen wir bekannter machen, damit mehr
375 Berufstätige bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch nehmen können.

376 Wir werden die Weiterbildungseinrichtungen dabei unterstützen, mit digitalen
377 Formaten zu experimentieren und das digitale Angebot auszubauen. Auch die sich
378 schnell entwickelnde Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt muss zunehmend
379 Gegenstand der Weiterbildungsangebote in unserem Land sein.

380 Gemeinsam mit den Volkshochschulen und Weiterbildungsorganisationen haben wir
381 Grundbildung und Alphabetisierung zu einem Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen
382 Weiterbildungspolitik gemacht. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen, weil
383 sie die Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe stärken.

384 Auch Menschen ohne Schulabschluss verdienen im Rahmen der Weiterbildung eine
385 zweite Chance. Wir wollen die Weiterbildungszentren gezielt unterstützen, damit
386 Schulabschlüsse nachgeholt werden können. Diese Bildungsabschlüsse sollen
387 kostenfrei sein, damit alle dieses Angebot auch nutzen können. Um jungen
388 Erwachsenen ohne Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis Zugänge zu Ausbildung
389 und qualifizierter Beschäftigung zu eröffnen wollen wir ihnen das Recht auf
390 Beschulung bis zum 25. Lebensjahr einräumen.

391 Auch bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe der zugewanderten
392 Menschen leisten die rheinland-pfälzischen Weiterbildungsträger einen
393 unverzichtbaren Beitrag.

394 Alle diese wichtigen Aufgaben lasten auf den Schultern der zumeist prekär
395 beschäftigten Dozent*innen. Wir GRÜNE wollen anregen, auf Landesebene ein
396 Leitbild für gute Beschäftigung in der Weiterbildung zu entwickeln, um die
397 Bedingungen für Weiterbildner*innen zu verbessern.